

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4156

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4156



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

ARBEITSPLÄTZE

DER ZUKUNFT

SCHWERPUNKTE DER GRÜNEN WIRTSCHAFTSPOLITIK




GRÜNE
GRUENE.CH

ARBEITSPLÄTZE DER ZUKUNFT

in einer ökologischen, sozialen und widerstandsfähigen Schweiz: Schwerpunkte der Grünen Wirtschaftspolitik

1 VORWORT

Unser Wirtschaftssystem hat in den vergangenen Jahrzehnten einen nie da gewesenen Wohlstand hervorgebracht. Dies jedoch zu einem Preis, den wir nicht weiter bezahlen können. Denn die Menschheit hat dafür so viele natürliche Ressourcen aus der Erde gekratzt, gepumpt und geschaufelt, dass viele davon bald ausgehen. Ihr Abbau und ihre Verarbeitung verursachen irreversible Schäden an der Umwelt, führen zur Ausbeutung und Entrechtung von Menschen und, in letzter Konsequenz, zu Kriegen.

Die Deutsche Sängerin Hildegard Knef brachte dies bereits vor über 50 Jahren auf den Punkt. Sie beschrieb, wie die «Herren dieser Welt» mit ihrem Tun Umweltzerstörung, Ungerechtigkeit, Herrschaft, Hass und Krieg auslösten. Als Russland am 24. Februar 2022 die Ukraine überfiel, zeigte sich dieser Zusammenhang einmal mehr auf tragische Weise.

Die apokalyptische Vision Kneps spornt uns zusätzlich an, Wege aus der Sackgasse zu suchen, in die wir geraten sind. Dies verbunden mit der Hoffnung, dass die Künstlerin Knef als wirkungsmächtige Warnerin und nicht als vergeblich rufende Cassandra in Erinnerung bleibt.

Das vorliegende Wirtschaftsprogramm ist deshalb nicht nur geprägt von Analysen, die eine Welt in Aufruhr und eine Umwelt im Niedergang beschreiben, sondern auch von konkreten Schritten, die wir unternehmen können, um diese Entwicklung zu stoppen. Denn gemeinsam können wir eine Wirtschaft für die Zukunft gestalten, deren Wohlstand nicht auf Kosten der kommenden Generationen und der Ärmsten dieser Welt geht. Mit diesem Programm wollen wir die Menschen für eine andere Welt mobilisieren und begeistern.

Das Redaktionsteam des GRÜNEN Positionspapiers

Dominik Dübi, Raphael Noser, Franziska Ryser, Regula Rytz, Elias Steiner und Daniel Wiener

Die Herren dieser Welt

Hans Hammerschmid & Hildegard Knef (1970),

© by Peermusic (Germany) GmbH

Als das Flussbett eingetrocknet,
suchten Kinder nach dem Ufer,
suchten in den flachen Tiefen
nach den Fischen, die inzwischen
über alle Berge waren.

Als die Meere uns verliessen
und der Regen ihnen folgte,
als die Pflanzen sich geweigert,
das Geringste noch zu tun,
Sprach der Landesherr betroffen,
jetzt ist wirklich Polen offen,
wir sind die Herren dieser Welt,
die gesiegt zu Meer und Land,
wer sich uns entgegenstellt,
kommt an die Wand.

Als die Löwen abgezogen
und die Tiger ihnen folgten,
als der letzte Hahn sich rüstet
und zum Aufbruch sich entschloss,
kamen Bauern und Gelehrte
und noch andere Empörte,
kamen die Herren dieser Welt,
und sie forderten für Geld,
dass man ihnen Treue hält.

Als die Sonne still verglühte,
rangten Frauen ihre Hände,
liefen Männer bis ans Ende,
bis ans Ende dieser Welt.
Und sie schworen ewig Rache
bis kein einziger verblieb.
Und ihr Hass vertrieb die Sterne,
und sie folgten all den Löwen,
und sie winkten all den Herren,
all den Herren dieser Welt.

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	2
2	Grüne Wirtschaftspolitik: Genug für die nächsten Generationen	5
3	Arbeit und Absicherung.....	8
3.1	Analyse: Der beschleunigte Strukturwandel muss gestaltet werden	8
3.2	Ziel: Weniger Stress für Mensch und Natur.....	12
3.3	Unsere nächsten Schritte.....	13
4	Klima und Kreislaufwirtschaft.....	15
4.1	Analyse: Gute Ansätze sind vorhanden	15
4.2	Ziel: Netto Null und Zero Waste	17
4.3	Unsere nächsten Schritte.....	18
5	Wohlstand und Wachstum	20
5.1	Analyse: Wirtschaften im Rahmen der ökologischen Grenzen.....	20
5.2	Ziel: Genug für die nächsten Generationen.....	23
5.3	Unsere nächsten Schritte.....	24

2 GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK: GENUG FÜR DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen der arbeitsteiligen, globalisierten Wirtschaft schonungslos offengelegt. Lieferketten wurden unterbrochen, Unternehmen taumelten und selbst in den reichen Dienstleistungszentren der Welt kam die Gesundheitsversorgung rasch an den Anschlag. Die GRÜNEN haben nach dem Leitsatz „schützen, stützen, in die Zukunft investieren“ rasch und entschieden auf die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Pandemie reagiert und sich seit dem März 2020 erfolgreich für ein Stabilisierungsprogramm zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen eingesetzt. Gemeinsam mit den von der Pandemie hart getroffenen Branchen – etwa in der Kultur- und Eventbranche, der Gastronomie oder dem Tourismus – konnten die GRÜNEN die erweiterte Kurzarbeitsentschädigung, den Erwerb ersatz für Selbständige, die Härtefallregelung oder den Schutzschirm für die Veranstaltungsbranche mehrheitsfähig machen. Diese Massnahmen waren entscheidend, um den wirtschaftlichen und sozialen Schaden der Pandemie zu verringern.

Mit einem strategischen Investitionsprogramm versuchten wir GRÜNE zudem den Grundstein für eine innovative und klimafreundliche Wirtschaft des 21. Jahrhunderts legen. Doch der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit im Parlament wollten nichts wissen von Investitionen in den Klimaschutz und in die Ausbildung der dafür benötigten Fachkräfte.¹ Das ist eine verpasste Chance, denn die Schweiz steht heute vor einer Jahrhundertaufgabe: Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, sind grundlegende Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft nötig. Im [Klimaplan](#) vom Januar 2021 zeigen die GRÜNEN auf, wie die Schweiz bis 2040 mit gesellschaftlichen und technischen Lösungen klimapositiv werden kann – und somit dafür sorgt, dass mehr Emissionen aus der Atmosphäre entnommen als ausgestossen werden. Diese Ziele sind notwendig, um auch künftig ein gutes Leben in Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen. Ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Berücksichtigung der planetaren Grenzen entziehen wir uns langfristig die Basis für unsere Existenzsicherung und das gesellschaftliche Zusammenleben.

Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine hat zudem breiten Bevölkerungskreisen die schon lange bestehende Abhängigkeit der Schweiz und Europas von Importen fossiler Energien und atomarer Brennstoffe in Erinnerung gerufen. Der Einsatz von Öl, Gas und Kohle ist nicht nur klimaschädlich, sondern macht uns auch abhängig von autoritären Staaten wie Russland. Auch die Tatsache, dass wir mit den westlichen Öl- und Gasimporten Kriege mitfinanzieren – nicht nur in Osteuropa –, ist evident geworden. Die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekte des Klimaschutzes rücken damit noch stärker ins Zentrum der Diskussion: Klimaschutz ist auch Sicherheitspolitik. Erneuerbare Energien sind auch Friedensenergien.

Die Klima- und die Energiewende sind aber auch wirtschaftlich eine Chance, die zur Entstehung neuer Branchen, neuer Arbeitsplätze und neuer Geschäftsfelder führen wird. Im [Klimaplan](#) und der Strategie für ein [grünes Impulsprogramm](#) haben die GRÜNEN bereits aufgezeigt, wie Investitionen in die ökologische Transformation stabile Arbeitsplätze der Zukunft

¹ Siehe z.B. die vom Bundesrat und dem Parlament abgelehnten Motionen «[Covid-19-Impulsprogramm für die Bereiche Energie und Biodiversität](#)» und «[Covid-Impulsprogramm zur Stärkung einer resilienten Wirtschaft und Gesellschaft](#)» der Grünen Fraktion sowie das ausführliche «[Impulsprogramm für einen grünen Aufschwung](#)», mit welchem die Bewältigung der Covid-19-Krise mit Investitionen in eine grüne und soziale Zukunft verknüpft werden sollte.

schaffen. Die Transformation zur Klimaneutralität wird allerdings auch das Tempo des ohnehin schon raschen Strukturwandels der Wirtschaft weiter erhöhen. Daraus wächst eine Verantwortung der Politik, und speziell der Wirtschafts- und der Umweltpolitik: Sie muss Sicherheit im Übergang geben und neue Perspektiven ermöglichen.

Bei allen negativen Folgen hat die Corona-Pandemie in eindrücklicher Weise verdeutlicht, dass demokratische Gesellschaften die Fähigkeit besitzen, in Krisenzeiten auch grosse Veränderungen in kurzer Zeit umzusetzen. An diese Erkenntnis sollte die Schweiz anknüpfen: Anstatt an der «alten Wirtschaftswelt» mit ihrem Zwang zur Übernutzung, ihrer Tendenz zur Ungleichheit und ihrer systematischen Instabilität festzuhalten, wollen wir GRÜNE in eine neue, ökosoziale Marktwirtschaft investieren. Das ist auch dringend nötig, denn die Schweiz verbraucht noch immer so viele Ressourcen, als ob es 2.8 Erden gäbe. Wir leben heute auf Kosten künftiger Generationen und auf Kosten anderer, ärmerer Staaten – und wir schmälern damit deren Lebenschancen und deren Freiheiten.

Mit dem vorliegenden Papier formulieren wir GRÜNE darum eine Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert. Eine Wirtschaftspolitik also, die nicht fixiert ist auf die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes als Massstab für gesellschaftlichen Fortschritt. Sondern eine Wirtschaftspolitik, die sich an den menschlichen Grundbedürfnissen orientiert, solidarisch mit Benachteiligten im In- und Ausland handelt und die planetaren Belastungsgrenzen respektiert. Eine Wirtschaftspolitik die sinnstiftende, selbstbestimmte und gesicherte Arbeit und Einkommen im Einklang mit Gesellschaft und Umwelt ermöglicht. Eine Wirtschaftspolitik, welche die Transformation hin zu einer sozialen und ökologischen Kreislaufwirtschaft gemeinsam mit verantwortungsbewussten Bürger*innen, Unternehmen und Sozialpartnern vorantreibt – und die damit zu einer Chance für alle wird.

Dieses Ziel wollen wir mit konkreten politischen Vorstössen erreichen, die im vorliegenden Wirtschaftsprogramm «Arbeitsplätze der Zukunft» vorgestellt werden. Das Papier ist dabei nicht umfassend und behandelt viele Themen, zu denen wir GRÜNE schon in anderen Zusammenhängen Stellung genommen haben, nur am Rande oder erwähnt sie nicht.² Vielmehr vertiefen wir hier aktuelle Schwerpunkte in den Bereichen Arbeit und Absicherung, Klima und Kreislaufwirtschaft sowie Wohlstand und Wachstum die wir als zentral erachten, um die anstehende Transformation hin zu einer ökologischen, sozialen und widerstandsfähigen Wirtschaft zu gestalten.

In den ersten beiden Kapiteln stehen deshalb die Behebung des Fachkräftemangels, die Finanzierung von Innovation, die Gestaltung neuer Modelle der sozialen Sicherheit sowie die Stärkung der Kreislaufwirtschaft im Fokus: Geeignete Rahmenbedingungen und gezielte öffentliche wie auch private Investitionen sollen neue, zukunftsfähige und klimafreundliche Arbeitsplätze schaffen und sichern – und dies in denjenigen Bereichen, die die Schweiz lebenswerter und resilienter machen und die zum gesellschaftlichen Wohlergehen beitragen. Mittels öffentlich unterstützten Bildungs- und Umschulungsangeboten sowie einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und der Einführung einer Elternzeit stellen wir dabei sicher, dass sich nicht nur alle in dieser neuen Arbeitswelt zurechtfinden, sondern dass die Erwerbs- und die Care-Arbeit auch besser miteinander vereinbar sind. Die Grüne Bewegung hat früher als andere auf den Widerspruch zwischen begrenzten natürlichen Ressourcen und unbegrenztem materiellem Wachstum hingewiesen. In einem letzten Kapitel beschäftigen wir uns

² Dazu gehören etwa die [Standortpolitik](#), die [Plattformökonomie](#), der [Schweizer Finanzplatz](#) oder die [digitale Wirtschaft](#), um nur wenige zu nennen.

darum mit Fragen rund um das Wachstum und zeigen auf, dass die Sicherung von Wohlstand und Arbeit langfristig nur im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres Planeten möglich ist.

Der Kompass der Grünen Wirtschafts- und Umweltpolitik ist die Generationengerechtigkeit, wie sie das deutsche Verfassungsgericht 2021 definiert hat. Demnach darf einer Generation nicht zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast grosse Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbussen ausgesetzt würde. Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen der Nachwelt in einem solchen Zustand hinterlassen werden, «dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltensamkeit weiter bewahren könnten».³

Wir GRÜNE sind überzeugt: In einer Zeit zunehmender Krisen schafft ökologische Politik Perspektiven, Freiheit und Sicherheit.

³ Bundesverfassungsgericht (2021): «[Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich](#)».

3 ARBEIT UND ABSICHERUNG

3.1 ANALYSE: DER BESCHLEUNIGTE STRUKTURWANDEL MUSS GESTALTET WERDEN

Die Volkswirtschaft hat sich in der Schweiz schneller und stärker von der Corona-Pandemie erholt als zunächst befürchtet. Doch auch unabhängig von der Pandemie findet derzeit ein rascher wirtschaftlicher Strukturwandel statt, der Arbeitnehmende, Selbständige und Unternehmen vor grosse Herausforderungen stellt. Je nach Branche werden Arbeitsplätze auf- oder abgebaut und auch die Berufsanforderungen wandeln sich immer schneller. Die drei wesentlichen Treiber dieses Strukturwandels sind der technologische Fortschritt, Globalisierungskrisen und die Klimaerhitzung. Durch den Krieg in der Ukraine wird diese Entwicklung weiter beschleunigt, weil die Energiewende auch in einer breiten Öffentlichkeit als klima- und sicherheitspolitische Notwendigkeit anerkannt wird. Die GRÜNEN haben schon lange auf den fatalen Zusammenhang von fossiler Energieversorgung und der Abhängigkeit von autoritären Regimes hingewiesen. Ein Ausweg aus dieser Abhängigkeit ist ohne gezielte Investitionen in «Friedensenergien» nicht möglich. Dafür müssen jetzt die notwendigen Weichen gestellt werden.

3.1.1 ES FEHLT AN FACHKRÄFTEN

In vielen Berufsfeldern fehlen heute qualifizierte Fachkräfte. Die Arbeitsmarktindikatoren des Bundesamtes für Statistik zeigen, dass es für Betriebe bereits in den fünf Jahren vor Ausbruch der Corona-Pandemie schwieriger geworden ist, qualifiziertes Personal zu finden.⁴ Im Gesundheitswesen beispielsweise fehlen bis 2029 rund 70'000 zusätzliche Pflegepersonen⁵. Arbeitsintensive Berufsfelder und solche, welche auf zwischenmenschlichen Beziehungen basieren, werden weiter an Bedeutung gewinnen. Auch die weiter steigende Nachfrage nach Fachkräften, die sich aus Innovationen für die Umwelt wie die Kreislaufwirtschaft oder die Energiewende ergeben, kann bereits heute nur teilweise befriedigt werden.⁶ Ebenso ist auch im Bereich der Digitalisierung ein grosser, wachsender und ungedeckter Bedarf nach Fachkräften feststellbar. Dieser Bedarf kann, etwa durch eine Erhöhung der Drittstaatkontingente, teilweise durch die Einwanderung in die Schweiz gedeckt werden. Dies führt jedoch in den betroffenen Ländern ebenfalls zu einem Fachkräftemangel. Für eine nachhaltige Lösung des Problems sind deshalb verstärkte Anstrengungen im Bereich Aus- und Weiterbildungen unabdingbar.

Öffentlich mitfinanzierte Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen sind zentrale Massnahmen, um dem beschleunigten Strukturwandel zu begegnen. Sie tragen nicht nur dazu bei, den Fachkräftemangel zu lindern und somit das Potential der grünen Wende auszuschöpfen, sondern sie unterstützen auch die Menschen, sich in der neuen Arbeitswelt zurechtzufinden und sichere Berufsperspektiven zu haben. Das Weiterbildungssystem in der Schweiz ist heute jedoch primär auf die Höherqualifizierung im angestammten Berufsfeld ausgerichtet. Es fehlen breit zugängliche Programme, welche Erwachsenen eine Umschulung und damit neue Berufsperspektiven in einer Branche mit erhöhtem Fachkräftebedarf ermöglichen. Umschulungen im Erwachsenenalter sind für die Betroffenen sehr teuer, da sie in

⁴ Bundesamt für Statistik (2020): «[Arbeitsmarktindikatoren 2020](#)».

⁵ Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2021): «[Berufsaustritte und Bestand von Gesundheitspersonal in der Schweiz. Eine Analyse auf Basis der Strukturhebungen 2016-2018](#)».

⁶ Auch der Bund teilt mittlerweile diese Analyse und hat mit einer [Bildungsoffensive gegen den Fachkräftemangel in der Gebäudebranche](#) begonnen, erste – wenn auch noch zu zaghafte – Schritte zu unternehmen, um die Probleme zu lösen.

dieser Zeit auf einen Teil ihres Verdienstes verzichten müssen. Das hält viele Menschen davon ab, sich im Erwachsenenalter beruflich neu zu orientieren. Studien in der Bildungsforschung zeigen aber, dass Bildungsgutscheine ein wirksames Anreizinstrument sind, um die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen – insbesondere auch von älteren und bildungsärmeren Personen.

3.1.2 KEINE FREIHEIT OHNE SOZIALE ABSICHERUNG

Die Digitalisierung – und allgemeiner: der technologische Wandel – führt zu einer zusätzlichen, tiefgreifenden Veränderung unserer Gesellschaft und des Arbeitsmarkts. Sie hat einen wesentlichen Einfluss auf die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Profile, die Arbeitsorganisation, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Produktivitätsentwicklung. Die Digitalisierung ist dabei zugleich Chance wie auch Risiko: Aufgrund von Fortschritten im Bereich der künstlichen Intelligenz können zunehmend auch kognitive und komplexe Tätigkeiten automatisiert werden – wobei die Automatisierung von Arbeitsprozessen aufgrund des Fachkräftemangels zusätzlich beschleunigt wird. Das führt in gewissen Berufsfeldern zu einem Abbau oder zur Verlagerung von Arbeitsplätzen. Digitalisierte Arbeitsprozesse und Telearbeit können aber auch die Pendeldistanzen reduzieren und den Alltag entschleunigen. Dies allerdings nur unter der Bedingung, dass neue Technologien nicht zu einer Auslagerung und Prekarisierung von Arbeitsstellen oder, aufgrund der ständigen Erreichbarkeit, zu erhöhter psychischer Belastung führen.

Herkömmliche 'Normalarbeitsverhältnisse' haben in den letzten Jahren abgenommen, flexiblere Formen wie Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeit auf Abruf, Temporärrarbeit, Freelancer*innen oder Praktika hingegen haben an Bedeutung gewonnen.⁷ Betroffen von dieser Entwicklung sind vor allem Frauen, jüngere Erwerbstätige, Eltern und Personen mit einem niedrigen Bildungsgrad. Während flexiblere Arbeitsformen die Anpassung an eine breite Palette von Lebensrealitäten ermöglichen und oft tiefe Einstiegshürden aufweisen, können sie für die Betroffenen auch einen hohen Grad an Unsicherheit bedeuten. Dies geht oftmals mit niedrigen Löhnen, hohem psychischen Druck sowie einer ungenügenden sozialen Absicherung in Krisenzeiten, bei Krankheit und im Alter einher. Das Schweizer Sozialversicherungssystem ist bis heute nur ungenügend auf die Zunahme von Arbeitsverhältnissen vorbereitet, die nicht dem Modell der Vollzeit-Erwerbstätigkeit eines männlichen Alleinverdieners entsprechen. Hier besteht klarer Handlungsbedarf.

In der Schweiz sind heute viele Menschen dem Risiko ausgesetzt, im Fall von Krankheit und Erwerbsausfall ihren Lebensbedarf nicht decken zu können, da die obligatorischen Sozialversicherungen dieses Risiko nicht übernehmen. Ob zum Beispiel eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen wird, hängt heute vom guten Willen der Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin und von den Versicherungsunternehmen ab. Der rechtliche Rahmen ist so rudimentär, dass neben den nichterwerbstätigen Personen immer häufiger auch Personen mit geringfügiger Anstellung ohne Schutz dastehen. Auch die Absicherung durch die berufliche Vorsorge ist, gerade für Menschen mit Teilzeitpensen oder Betreuungsaufgaben, ungenügend. Ein ungelöstes Problem ist zudem die fehlende Absicherung von Unternehmer*innen in arbeitgeberähnlicher Stellung im Fall von Arbeitslosigkeit. Sie zahlen zwar Beiträge in die Arbeitslosenversicherung ein, haben aber keinen Anspruch auf Entschädigung.

⁷ Staatssekretariat für Wirtschaft (2017): «[Die Entwicklung atypisch-prekärer Arbeitsverhältnisse in der Schweiz](#)».

Neue Machtverhältnisse im digitalen Raum

Das Aufkommen digitaler Plattformen hat in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zudem neue Machtverhältnisse geschaffen. Im digitalen Raum sind Unternehmen in bisher nie dagewesener marktbeherrschender Stellung entstanden. Die Politik kann diese Veränderungen nicht einfach zur Kenntnis nehmen, sondern muss die sozialen und ökologische Rahmenbedingungen definieren und einen fairen Wettbewerb im Rahmen der ökosozialen Marktwirtschaft sicherstellen. Nach der Europäischen Datenschutzverordnung unternimmt die Europäische Union mit dem *Digital Services Act* und dem *Digital Markets Act* neue Versuche, die Digitalwirtschaft zu regulieren, um den europäischen Markt kompetitiver zu machen und die grossen Plattformen stärker in die Pflicht zu nehmen. Die EU hat den Willen, die digitale Zukunft und die neuen digitalen Räume und Instrumente – wie Plattformen, Algorithmen, Clouds – aktiv zu gestalten. Die europäische Digitalpolitik ist darum auch aus grüner Sicht ein wichtiger Orientierungspunkt für eine fortschrittliche Netzpolitik.⁸ Im Gegensatz dazu ist der Gestaltungswille der offiziellen Schweiz noch wenig ausgeprägt.

Der beschleunigte Strukturwandel könnte eigentlich eine Chance für Gesellschaft und Volkswirtschaft sein, wenn er durch kluge wirtschafts-, steuer- und sozialpolitische Massnahmen begleitet würde. Im Mittelpunkt dieser Begleitmassnahmen muss dabei die Förderung der Freiheit durch soziale Absicherung stehen. Das heisst, dass jeder Mensch alt und krank werden kann, ohne Not zu leiden. Alle sollen sicher, sinnvoll und gesund arbeiten und nach ihren Bedürfnissen wohnen können, ohne ständige Angst vor Entlassung und Kündigung. Die bestehenden Sozialsysteme müssen dafür erweitert respektive an die neuen Realitäten angepasst werden.

3.1.3 ES BRAUCHT EINE BESSERE VERTEILUNG UND VEREINBARKEIT VON ERWERBS- UND CARE-ARBEIT

Der Kampf um einen festen Platz in der Erwerbsarbeitswelt gehört neben dem Kampf für die politische und zivilrechtliche Gleichberechtigung zu den Kernzielen der Frauenbewegung. Die immer bessere Ausbildung und die steigende Erwerbsquote der Frauen sind deshalb Zeichen erfolgreicher Emanzipation. Sie bringen aber auch Konflikte mit der nach wie vor hauptsächlich von Frauen getragenen Verantwortung für die unentgeltliche Care- und Familienarbeit mit sich.

Ein Teil der Care-Arbeit ist mittlerweile als professionelle Erwerbsarbeit organisiert, zum Beispiel in Kindertagesstätten, Reinigungsfirmen oder Pflegeheimen. Doch vier Fünftel der Care-Arbeit wird nach wie vor unentgeltlich verrichtet – oftmals in der eigenen Familie oder in der Nachbarschaft und hauptsächlich von Frauen. Obwohl die unbezahlte Care-Arbeit ein unentbehrlicher Stützpfeiler unserer Gesellschaft darstellt, ist sie schlecht abgesichert. Selbst die Absicherung durch die traditionelle «Versorger-Ehe» wird durch neuere Bundesgerichtsentscheide in Frage gestellt. Eine stabile Existenzsicherung bis ins Alter erreichen Frauen heute deshalb nur über eine eigenständige Erwerbstätigkeit.

Doch die nach wie vor starke Verantwortung für die unbezahlte Haus-, Familien- und Betreuungsarbeit schwächt die Stellung der Frauen im Berufsleben. Eine höhere Erwerbsquote bedeutet für sie in erster Linie eine erhöhte Doppelbelastung – insbesondere, wenn sie Mütter sind. Die in der Schweiz vergleichsweise schlechten familienpolitischen Strukturen, etwa die

⁸ Wir GRÜNE wollen den digitalen Raum so gestalten, dass darin unsere grundlegenden Werte – Umweltschutz, nachhaltiges Wirtschaften, gesellschaftliche Solidarität, Gleichstellung, Demokratie und Menschenrechte – zum Ausdruck kommen. Unsere ausführliche Position zur Digital- und Netzpolitik ist in der Resolution «[Für ein grüneres digitales Zeitalter](#)» dargestellt.

fehlende Elternzeit oder der Mangel an bezahlbaren Kita-Plätzen, machen es für Elternteile mit Betreuungsaufgaben schwieriger, im Beruf zu bleiben und aufzusteigen. Und die Mutterschaft ist noch immer ein entscheidender und zugleich verfassungswidriger Faktor für die Lohnungleichheit. Für die GRÜNEN ist deshalb klar: Eine tatsächliche Gleichstellung ist nur möglich, wenn Familien- und Erwerbsarbeit gleichmässig zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird. Der überragende volkswirtschaftliche Wert der Care-Arbeit muss dafür breit anerkannt und die Vereinbarkeit mit der Erwerbsarbeit sichergestellt werden – z.B. mittels Erziehungs- und Betreuungsgutschriften oder der Einführung einer Elternzeit.

Die Schweiz hat mit knapp 42 Stunden heute eine der höchsten wöchentlichen Normalarbeitszeiten in Europa. In einer 42-Stunden-Woche findet sich nur wenig Platz für Care-Arbeit und soziales Engagement. Lange Arbeitszeiten belasten aber auch die Umwelt. Verschiedene Forschungsgruppen haben belegt, dass Volkswirtschaften mit geringeren Erwerbsarbeitszeiten tiefere ökologische Belastungen aufweisen. Das hängt auch, aber nicht nur, mit einem tieferen Einkommen zusammen.⁹ Entscheidend ist die Nutzung des gewonnenen «Zeitwohlstandes». Wird dieser für weniger ressourcenorientierten Konsum und die Pflege sozialer Beziehungen eingesetzt, steigt mit der Arbeitszeitverkürzung auch der Umweltnutzen.¹⁰

Die Finanzierung der Arbeitszeitreduktion

Die politische Herausforderung einer generellen Arbeitszeitverkürzung liegt bei der Finanzierung. Wird sie bei vollem Lohnausgleich für alle Einkommensschichten umgesetzt, steigt die Lohnsumme stark an. Das *Centre for Development and Environment* der Universität Bern hat deshalb z.B. eine Lösung mit abgestuftem Lohnausgleich vorgeschlagen.¹¹ Nach diesem Modell könnten Menschen, die Vollzeit arbeiten, aber weniger als den Medianlohn verdienen, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reduzieren. Sie hätten damit gleich viel Geld, aber mehr Zeit für zeitintensive, aber ressourcenarme Tätigkeiten zur Verfügung. Menschen mit hohem Einkommen dagegen würden einen abgestuften Lohnausgleich erhalten. Eine andere Finanzierungsmöglichkeit für eine Arbeitszeitverkürzung wäre die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das zum Beispiel über die Einführung einer Erbschaftssteuer auf sehr hohem Vermögen getragen wird.¹²

3.1.4 INNOVATIONEN FINANZIEREN UND FÖRDERN

Um die Transformation in ein stabileres und nachhaltigeres Wirtschaftssystem zu fördern, müssen Unternehmen und Politik gut zusammenarbeiten. Rahmenbedingungen sollten Anreize schaffen für Investitionen in Innovation und neue Unternehmensmodelle und gleichzeitig den Ausstieg aus nicht erneuerbaren Energien fördern. Obwohl die Schweiz zu den innovativsten und wohlhabendsten Volkswirtschaften der Welt gehört, schneidet sie bei der Finanzierung von Jungunternehmen und Start-ups nur unterdurchschnittlich ab.¹³ Die Rolle des Staates bei der Finanzierung von innovativen Firmen ist speziell schwach ausgeprägt.¹⁴ Beides hemmt die Innovations- und Anpassungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft in einer Zeit des beschleunigten Wandels: Eine Investitionsbank, wie sie die GRÜNEN in ihrem [Positionspapier für einen nachhaltigen Finanzplatz](#) vorschlagen, könnte auch hier tätig werden: Sie

⁹ Personen mit höherem Einkommen verursachen deutlich höhere Treibhausgasemissionen als Personen mit einem geringeren Einkommen. Dabei schlagen neben der Mobilität und dem Wohnen vor allem Freizeitaktivitäten zu Buche.

¹⁰ Siehe dazu auch das Postulat von Balthasar Glättli: [«Unter welchen Bedingungen kann Arbeitszeitreduktion einen Beitrag zu mehr Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit leisten?»](#).

¹¹ Centre for Development and Environment (2020): Workingpaper [«Weniger ist mehr – Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit»](#).

¹² Die GRÜNEN haben dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche konkrete Modelle diskutiert.

¹³ Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2020): [«Forschung und Innovation in der Schweiz 2020»](#).

¹⁴ Europäische Kommission (2021): [«European Innovation Scoreboard 2021»](#).

könnte die Innovation durch Unterstützung des Schweizer «Venture Capital-Ökosystems» anregen und damit Opportunitäten für Investitionen von institutionellen und privaten Anleger*innen schaffen.

Eine weitere Möglichkeit für die Start-Up-Förderung ist die Nutzung von Vorsorgekapital: Vorsorgeeinrichtungen, Pensionskassen, Anlagestiftungen oder Vollversicherungen verwalten heute Ersparnisse von bereits über 1'000 Milliarden Franken – das ist deutlich mehr als das jährliche Schweizer Bruttoinlandprodukt. Die Politik muss dafür sorgen, dass dieses Sparkapital nicht nur Erträge abwirft, sondern auch für die Transformation hin zu einer sozialen und klimafreundlichen Wirtschaft zur Verfügung steht. Die Rendite fliesst langfristig regelmässiger und sicherer, wenn Ersparnisse der Arbeitnehmer*innen in die sozialökologische Wende statt, wie heute, in riesigem Ausmass in spekulative Immobilien und klimaschädigende Tätigkeiten fließen.

3.2 ZIEL: WENIGER STRESS FÜR MENSCH UND NATUR

Sinnstiftende Care- und Erwerbsarbeit soll nicht nur den Lebensunterhalt sichern, sondern auch die Sorge für das persönliche Umfeld und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Eine neue Beziehung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit ist für uns GRÜNE ein wichtiges Element einer nachhaltigen und generationenübergreifenden Wohlstandssicherung. Das zunehmende Potenzial von Automatisierung und Digitalisierung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Es kann Menschen nicht nur von repetitiven und belastenden Arbeiten und Dienstleistungen entlasten. Es kann, wenn die daraus resultierenden Produktivitätsgewinne gerecht verteilt werden, auch zu einer generellen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit genutzt werden. Auch die Stärkung von innovativem und verantwortungsvollem Unternehmertum, zum Beispiel durch die Schaffung von Verantwortungseigentum¹⁵ oder die Stärkung von Genossenschaften, tragen zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise bei. Einer Wirtschaftsweise, die nicht materielles Wachstum für wenige, sondern Teilhabe, Einkommen und Perspektiven für die gesamte Gesellschaft sicherstellen kann.

In der Vergangenheit gehörte die Verkürzung der Arbeitszeit zu den grossen sozialen Errungenschaften. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass dies auch für die Zukunft gilt. Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit führt nicht nur zu mehr Zeitsouveränität und Lebensqualität, sondern sie öffnet auch den Raum für eine bessere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben – und damit auch eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt – trägt nicht nur zur besseren sozialen Absicherung von Frauen bei, sondern sie ist als Beitrag gegen den Fachkräftemangel auch ein wichtiger Baustein für die Bewältigung der ökologischen Wende.

Damit der beschleunigte Strukturwandel in der Arbeitswelt gesellschaftlichen Nutzen bringt, muss er durch politische Rahmenbedingungen aktiv gestaltet und abgesichert werden. Die Ausbildung für die Arbeitsplätze der Zukunft soll durch familienverträgliche und öffentlich finanzierte Umschulungsmöglichkeiten gefördert werden. Angesichts von sich verändernden Branchen und Berufsprofilen sollen alle Arbeitnehmenden Zugang zu Weiterbildung und Umschulung erhalten. Zudem muss der Arbeitnehmendenschutz und die soziale Absicherung an die digitale Arbeitswelt angepasst werden. Auch für die sogenannte Plattform-Wirtschaft, also übers Internet vermittelte Dienstleistungen, muss der übliche arbeitsrechtliche und

¹⁵ [Verantwortungseigentum](#) bedeutet, dass die Eigentümer*innen des Unternehmens zwar Stimm- und Teilhaberechte haben, jedoch nicht am Gewinn teilhaben. Damit soll sichergestellt werden, dass das Unternehmen vorrangig der Verwirklichung des Unternehmenszwecks und nicht dem Gewinnstreben der Anteilseigner dient.

soziale Schutz der Arbeitnehmenden gelten. Weiter braucht es eine ernsthafte Debatte über neue Formen der Existenzsicherung – insbesondere für Selbständige, prekär Beschäftigte, Menschen ausserhalb der Normalarbeitsverhältnisse oder solchen mit geringem oder ohne Erwerbseinkommen. Die digitale Arbeitswelt wird vernetzter, technischer und flexibler sein. Wir GRÜNE wollen, dass sie auch humaner, familienfreundlicher und ökologischer wird.

3.3 UNSERE NÄCHSTEN SCHRITTE

3.3.1 (VORSORGE-)KAPITAL FÜR INVESTITIONEN IN DIE ARBEITSPLÄTZE DER ZUKUNFT NUTZEN

Um die Resilienz und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in einer Zeit der Krisen sicherzustellen, ist ein Investitionsschub in den ökologischen Umbau unerlässlich. Doch die Transformation hin zu einer sozialen, innovativen und klimafreundlichen Wirtschaft geht ohne finanzielle Anreize nicht rasch genug voran. Wir GRÜNE wollen deshalb die Vorsorgeeinrichtungen dazu verpflichten, innert zehn Jahren mindestens ein Prozent ihres Anlageportfolios in Schweizer Venture Capital-Finanzierungen zugunsten von Cleantech-Firmen und anderen Unternehmen zu investieren, die Innovation für die ökosoziale Wende vorantreiben. Die Anwendung strenger Nachhaltigkeitskriterien ermöglicht, dass diese Investitionen neben finanziellem auch volkswirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Mehrwert schafft. Das Vorsorgekapital ist erst dann nachhaltig angelegt, wenn es dazu beiträgt, neben den Alters-Renten zusätzlich auch die Arbeitsplätze der Zukunft in einer intakten Umwelt zu ermöglichen.¹⁶

3.3.2 MIT UMSCHULUNGEN UND WEITERBILDUNGEN NEUE BERUFSPERSPEKTIVEN ERMÖGLICHEN

Aufgrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels muss die Energiewende und der ökologische Umbau der Wirtschaft zwingend mit öffentlichen Weiterbildungs- und Umschulungsimpulsen gekoppelt sein. Doch Umschulungen im Erwachsenenalter sind teuer. Das hält viele Menschen davon ab, sich beruflich neu zu orientieren – selbst wenn in ihrem Beruf bereits heute ein zu grosses Angebot auf dem Arbeitsmarkt besteht. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren haben bereits heute die Möglichkeit, mittels Ausbildungszuschüssen das Nachholen einer Grundausbildung oder das Erlernen eines neuen Berufs zu ermöglichen. Dieses Instrument wird jedoch nach wie vor sehr selektiv angewandt. Als Antwort auf den Strukturwandel schlagen die GRÜNEN deshalb eine Praxisänderung sowie eine befristete Aufstockung des Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung um 200 Millionen Franken vor. Damit können in den nächsten vier Jahren zusätzliche Ausbildungszuschüsse für 10'000 Personen finanziert werden. Zudem fordern die GRÜNEN, analog zu den bereits bestehenden Bundesbeiträgen für die höhere Berufsbildung, die Einführung eines Bildungsgutscheinprogramms in der Höhe von 300 Millionen Franken. Diese Bildungsgutscheine können für Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen verwendet werden – sie sind gerade für Menschen, deren Branche einem starken Strukturwandel unterworfen ist und die sich in einer neuen Arbeitswelt zurechtfinden müssen, eine wichtige Massnahme. Und sie sind gleichzeitig eine grosse Chance für all die handwerklichen und technischen Berufe, welche für die Energie- und Klimawende benötigt werden, die derzeit aber nicht genügend Fachkräfte finden.

¹⁶ Basierend auf diesen Überlegungen hat die Grüne Fraktion im Nationalrat bereits eine [Motion](#) eingereicht, welche eine nachhaltige Nutzung des Vorsorgekapitals zur Förderung der Innovation sicherstellen soll.

Neben den finanziellen Rahmenbedingungen braucht es aber auch einen Paradigmenwechsel hin zu flexibleren, erwachsenen- und familiengerechten Bildungsangeboten. Der Bund soll deshalb zusammen mit den Fachverbänden zum Beispiel aus dem Energie-, Bau- und Installationsgewerbe, rasch Aus- und Weiterbildungs- sowie Umschulungsangebote für die benötigten Fachleute sowie für dafür geeignete Personen aus verwandten Branchen erarbeiten.¹⁷

3.3.3 BESSERE VEREINBARKEIT DANK ARBEITSZEITVERKÜRZUNG, TEILZEITARBEIT UND ELTERNZEIT

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein wichtiger Schlüssel, um eine bessere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern und eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu ermöglichen. Neben einer generellen, schrittweisen Reduktion der Erwerbsarbeitszeit können diese Ziele auch durch ein Recht auf sozial abgesicherte Teilzeitarbeit, insbesondere für Eltern, erreicht werden.¹⁸ Weiter ist auch die Einführung einer Elternzeit ein wichtiges Instrument, um die Betreuungsarbeit zwischen den Eltern teilen gerechter aufzuteilen. Sie erlaubt insbesondere Frauen nach der Geburt vermehrt und in höheren Pensen in das Berufsleben zurückzukehren – und sich so besser gegen Erwerbslosigkeit und für das Alter abzusichern. Die GRÜNEN setzen sich darum weiterhin sowohl auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene für die Einführung einer Elternzeit ein.

3.3.4 ABSICHERUNG VON PREKÄRER ARBEIT UND GERINGVERDIENER*INNEN

Die zunehmende Auflösung der «Normalarbeitsverhältnisses» muss auch zu einer zunehmenden sozialen Absicherung von atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen führen. Kurzfristig können mit einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung, einer besseren Absicherung von Teilzeitarbeit in der beruflichen Vorsorge sowie der Einführung von Betreuungsgutschriften wichtige Verbesserungen erreicht werden. Mittelfristig müssen die bestehenden Gefässe der Sozialversicherungen an die neuen Arbeitsverhältnisse angepasst werden. In der Corona-Pandemie wurden hierzu mit der Ausdehnung der Kurzarbeitsentschädigungen, von Arbeitslosentaggeldern und der Einführung eines Erwerbsersatzes für Selbständige wichtige Erfahrungen gemacht. Letzteren wollen wir GRÜNE mit einem Anspruch auf Arbeitslosentaggelder für Selbständige ersetzen, die obligatorische Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Für die Absicherung der neuen Arbeitsformen braucht es mittelfristig aber auch eine grundsätzlichere Reform der Sozialsysteme. Neben einem bedingungslosen Grundeinkommen soll insbesondere auch die Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherungen geprüft werden, wie sie das Denknetz jüngst vorgeschlagen hat.¹⁹

¹⁷ Um den Fachkräftemangel anzugehen muss darüber hinaus das bestehende Potential auf dem Arbeitsmarkt – z.B. von Frauen und Migrant*innen – besser genutzt werden als heute. Neben einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ist hier auch das Bildungssystem angesprochen: Hier muss darauf geachtet werden, dass die Förderung in den einzelnen Bereichen unabhängig vom Geschlecht stattfindet, sodass z.B. Daten- und Medienkompetenzen bei allen Geschlechtern gleich ausgeprägt sind (siehe dazu auch die Motion der grünen Nationalrätin Natalie Imboden: «[Up- und Reskilling weiblicher Arbeitskräfte. Gezielte Ausbildungsinitiative für eine nachhaltige Erwerbsintegration](#)»). Schliesslich setzen wir GRÜNE uns für ein Bildungssystem ein, welches eine höhere soziale Durchlässigkeit anstrebt und junge Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status darin befähigt, sich beruflich wie auch gesellschaftlich zu entfalten und ihr Potential auszuschöpfen.

¹⁸ Siehe dazu z.B. die Parlamentarische Initiative des Grünen Nationalrats Fabien Fivaz: «[Anpassungen des Beschäftigungsgrads für Eltern erleichtern](#)».

¹⁹ Denknetz (2021): «[Denknetz Reformmodell AEV-Plus](#)».

4 KLIMA UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

4.1 ANALYSE: GUTE ANSÄTZE SIND VORHANDEN

Die westlichen Produktions- und Konsumgewohnheiten haben einen hohen Preis. Sie verbrauchen so viel Energie und Rohstoffe, dass die Stabilität des Ökosystems und damit die Lebensgrundlage der Menschheit akut bedroht ist. Mit der Abhängigkeit von fossilen Treib- und Brennstoffen finanzieren wir zudem Unrechtsregimes in Russland, Saudi-Arabien und China mit.

Mit der Unterzeichnung des Klimaabkommen von Paris und verschiedenen Biodiversitätsabkommen hat die offizielle Schweiz den Handlungsbedarf erkannt. Doch in vier von neun Bereichen sind die planetaren Grenzen bereits heute überschritten – und eine Trendwende ist nicht in Sicht.²⁰ Aus Sicht der GRÜNEN muss das Transformations-Tempo darum massiv erhöht werden. Die Schweiz muss, wie der [Klimaplan der GRÜNEN](#) aufzeigt, ihre Treibhausgasemissionen bis spätestens 2040 auf Netto-Null reduzieren, um ihren Beitrag dafür zu leisten, dass die Erderwärmung den kritischen Wert von 1,5 Grad nicht überschreitet. Das heisst, dass die Schweiz ab dann nur noch so viele Treibhausgase emittieren darf, wie durch natürliche oder technische Senken gebunden werden können. Als reiches Land mit hohen technischen Standards und grosser Innovationskraft muss die Schweiz mit gutem Beispiel vorangehen. Sie kann damit auch die Arbeitsplätze der Zukunft sichern.

Die Erreichung dieses Ziels erfordert einen Ausbau der erneuerbaren Energie zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und des Verkehrs – aber auch einen deutlich reduzierten Ressourcenverbrauch. Doch unsere Konsummuster sind tief in unseren Alltagsstrukturen verankert: Zwar steigt das ökologische Bewusstsein, doch die Verantwortung wird stark auf das individuelle Verhalten der Konsument*innen abgewälzt – während gleichzeitig das Kaufverhalten durch die omnipräsente Werbung angeheizt wird.

4.1.1 KREISLAUFWIRTSCHAFT STATT VERSCHWENDUNGSWIRTSCHAFT

Die steigende Verfügbarkeit an Gütern und digitalen Dienstleistungen ist heute nur mit der Auslagerung von sozialen und ökologischen Kosten und einem linearen Produktionssystem möglich. Grosse Mengen von Primärressourcen werden eingesetzt, um kurzlebige Produkte herzustellen, sie über weite Strecken zu transportieren und nach kurzem Gebrauch als Abfall zu entsorgen. In den meisten Fällen ist es günstiger, ein neues Gerät, Möbel oder Kleidungsstück zu kaufen, als es reparieren zu lassen. Die in vielen Geräten eingebaute geplante Obsoleszenz befeuert diese Ressourcen- und Energieverschwendung zusätzlich. Bei der Bekleidung sind neben schlechter Qualität auch die Phänomene der «Fast fashion» und des Onlinehandels Treiber der Verschwendung.

Die GRÜNEN haben 2011 mit einer Volksinitiative den Umbau der linearen Verschwendungswirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft auf die politische Agenda gesetzt. Inzwischen ist das Thema auch im Parlament und in der Wirtschaft breit akzeptiert – das zeigt etwa die Annahme der parlamentarischen Initiative «[Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken](#)» oder auch die zunehmenden Bemühungen einzelner Branchen zum Schliessen von Kreisläufen. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie Repaircafés oder Brockenhäuser schärfen zudem das Bewusstsein und erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Auch wächst die Erkenntnis, dass ein

²⁰ Umweltverantwortungsinitiative (2022): «[Die wichtigsten Fakten](#)»

grosser Teil der Emissionen eines Gebäudes beim Bau und immer weniger im Betrieb entstehen, was einen sorgfältigeren Umgang mit dem Bestand zur Folge hat. Doch eine Trendwende zu geschlossenen Kreisläufen ist aufgrund der tiefen Kosten für Energie- und Ressourcen sowie aufgrund von fehlenden finanziellen Anreizen zu Lebenszyklus-Modellen von Investitionen noch nicht in Sicht. Auch fehlen oftmals noch Informationen über die Zusammensetzung und Verteilung von (Sekundär-)Wertstoffen.

4.1.2 GLOBALE WERTSCHÖPFUNGSKETTEN ALS HERAUSFORDERUNG

Hinzu kommt, dass die Wirtschaft heute hochgradig vernetzt ist. Die Produktions- und Lieferketten umspannen den ganzen Globus und die arbeitsteilige Produktion und Verarbeitung konzentriert sich für jedes Teilprodukt auf wenige Regionen und wird oft «just in time» organisiert. Dies führt in Krisensituationen, auch das ist in der Corona-Pandemie zu Tage getreten, zu Versorgungsproblemen und sinkender Resilienz. In den frühen Phasen der unregulierten Wertschöpfungsketten, also z.B. bei der Rohstoffgewinnung oder bei vorgelagerten Zulieferern, entstehen ausserdem die grössten Umweltbelastungen und sozialen Schäden.

Die Pandemie und der Krieg Russlands gegen die Ukraine haben die Fragilität dieser globalisierten und auf finanzielle Rendite getrimmten Wirtschaftsstrukturen in aller Deutlichkeit ans Licht gebracht: Die Lockdowns brachten in kurzer Zeit selbst die Lieferketten für versorgungskritische Güter, zum Beispiel im Medizinalbereich, zum Erliegen. Dies droht sich durch Umweltkatastrophen und Konflikte in strategisch wichtigen Regionen der globalen Distributionslogistik zu wiederholen. Ganze Kontinente werden dadurch erpressbar, wie jüngst das Beispiel Europas und seiner Abhängigkeit von russischem Erdgas gezeigt hat. Auch aus strategischer Sicht ist es deshalb sinnvoll, einen wachsenden Teil der Produktionsprozesse von versorgungskritischen Gütern wie Medikamenten oder Solarpanels zurück in die Schweiz und ins nahe Ausland zu holen. Dies stärkt nicht nur die lokale Wertschöpfung, sondern reduziert auch Emissionen entlang der Lieferketten.

Im Energie- und Bausektor entstehen dadurch auch neue Arbeitsplätze, etwa bei der Entwicklung technologischer Lösungen, der digitalen Erfassung und Nachverfolgung von Stoffflüssen oder in neuen Geschäftsfeldern wie Reparaturdienstleistungen und Mieterservices. Und auch die Umsetzung der Energiestrategie braucht Fachkräfte: Allein der geplante Ausbau von Solarstrom wird in den nächsten zehn Jahren 14'000 Installateur*innen benötigen. Weitere Fachkräfte sind zur Herstellung der für den Klimaschutz notwendigen Investitionsgüter, zur Beratung, Planung und Evaluierung nötig. Aufgrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels muss die Energiewende und der ökologische Umbau der Wirtschaft also zwingend mit öffentlichen Weiterbildungs- und Umschulungsimpulsen gekoppelt sein (siehe Kapitel 3.3). Weiter muss die partielle Re-Lokalisierung der Güterproduktion in Europa mit einer Stärkung der Wertschöpfung in den Rohstoffländern des globalen Südens verbunden werden. Statt unverarbeitete Rohstoffe sollen letztere vermehrt verarbeitete sowie sozial- und umweltschonend produzierte Produkte in die Industrieländer exportieren können. Nur so kommt das globale Handelssystem in ein besseres Gleichgewicht.

4.1.3 DIE ROLLE VON INVESTITIONEN

Die Bewältigung der Klimakrise ist eine globale Aufgabe. Sie wird aus Sicht von uns GRÜNEN nur gelingen, wenn die globalen Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen konsequent auf Nachhaltigkeit und Resilienz ausgerichtet sind. Zudem müssen Globalisierungsgewinne gerecht verteilt werden: Eine globale Wirtschaft wird auf Dauer nur auf der Basis von Gerechtigkeit und Ausgleich funktionieren. Dafür müssen wir die Mobilität von Kapital stärker

regulieren, den Finanzsektor besser in der Realwirtschaft verankern und Gewinne global tätiger Unternehmen gerechter besteuern.

Die Finanzwirtschaft hat einen grossen Hebel, um die Transition zu einer grünen Wirtschaft zu beschleunigen, indem sie die Finanzströme in klimafreundliche Start-ups, Produkte und Technologien lenkt. Die Anlagestrategien der Nationalbank und der öffentlichen und privaten Finanzinstitute müssen dafür dem Klimaziel der Schweiz angepasst werden, indem das Geld aus CO₂-fördernden Industrien abgezogen und in den Aufbau der grünen Wirtschaft gelenkt wird. Damit dies gelingt, müssen Investor*innen auch bei ihren Anlageentscheiden unterstützt werden. Der Schlüssel dafür sind, wie die GRÜNEN in ihrem [Positionspapier für einen nachhaltigen Finanzplatz](#) aufzeigen, eine verbindliche und griffige Nachhaltigkeitsdefinition für wirtschaftliche Tätigkeiten sowie die Verhinderung von Greenwashing durch zunehmende Transparenz auf den Finanzmärkten. Ein öffentlich finanzierter [Klimafonds für einen Green New Deal](#), wie ihn die GRÜNEN zusammen mit der SP vorschlagen, soll die Investitionen für den ökologischen Umbau der Energieinfrastruktur und des Gebäudeparks bereitstellen. Mit einem nachhaltigen Finanzplatz kann die Schweiz global einen wichtigen Beitrag zu einem stabilen und emissionsarmen Wirtschafts- und Finanzsystem leisten.

4.2 ZIEL: NETTO NULL UND ZERO WASTE

Wir GRÜNE setzen uns für eine Wirtschaft ein, die verantwortungsvoll mit knappen Ressourcen umgeht. Ein resilientes Wirtschaftssystem muss mithilfe zwischenstaatlicher Kooperationen und fairen Handelsbeziehungen die Versorgung mit Gütern sicherstellen und die lokalen (und globalen) Kreisläufe stärken. Die verschiedenen Strategien, um diese Ziele zu erreichen, lassen sich unter dem Begriff *Green New Deal* zusammenfassen. Damit ist eine öko-soziale Transformation gemeint, welche die Wirtschaft auf eine emissionsfreie Kreislaufwirtschaft ohne Abfälle ausrichtet und die planetaren Grenzen respektiert. Neben technischen und finanziellen Instrumenten – Forschung, Entwicklung, Investitionen, Lenkung, Steuerung – setzen die GRÜNEN auch auf einen gesellschaftlichen Wandel in den Bereichen Konsum und Lifestyle wie z.B. den Zero-Waste Bewegungen, neue Suffizienzstrategien, etwa im Bereich Mobilität und Ernährung, sowie auf technische Innovation.

Die Schweiz soll damit zu einer Vorreiterin in Sachen Kreislaufwirtschaft werden. Das Ziel der Kreislaufwirtschaft ist eine regenerative Produktionsform, in der Material- und Energiekreisläufe geschlossen und der Ressourcen- und Energieeinsatz dadurch massiv reduziert werden. Die wichtigsten Strategien sind dabei Teilen, Reparieren, Wiederverwenden und Wiederaufbereiten. Dabei muss der gesamte Lebenszyklus von der Rohstoffgewinnung, über die Design-, Produktions-, Distributions- und eine möglichst lange Nutzungsphase bis hin zum Recycling berücksichtigt werden.

Die Kreislaufwirtschaft erfordert auch einen nachhaltigen und bewussten Konsum, der auf eine lange Nutzungsdauer und Reparaturen statt Neuanschaffungen setzt. Damit Produkte von Anfang reparierbar hergestellt werden, braucht es ein Recht auf Reparatur. Die Konsument*innen können dank transparenter Deklaration über die Reparierbarkeit für diese Thematik sensibilisiert werden. Nutzungsbasierte Geschäftsmodelle, bei denen ein Produkt nicht gekauft, sondern gegen eine Gebühr geteilt wird, setzen zudem Anreize für eine langfristige Wartung und verhindern geplante Obsoleszenz. Um eine lange Nutzungsdauer von Produkten zu ermöglichen sind aber auch Second-Hand-Märkte und Sharing-Konzepte wichtig – u.a. kann so beispielsweise im Baugewerbe die Wiederverwendung von Bauteilen gefördert

werden. Erst in einem letzten Schritt steht die stoffliche Wiederverwertung, also das Recycling, im Fokus.

Die Kreislaufwirtschaft hat nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Vorteile: Durch eine effizientere Nutzung der Rohstoffe und Energie können Produktionskosten gesenkt und die Abhängigkeit von teils volatilen Rohstoffmärkten reduziert werden. Eine wichtige Unterstützung bietet dabei die Digitalisierung. Sie ermöglicht einen raschen Informationsaustausch über die Verfügbarkeit und die Qualität von Produkten, Dienstleistungen und Sekundärrohstoffen. Konsument*innen können auch über Lebenszykluskosten informiert und zu einer nachhaltigen Konsumententscheidung befähigt werden.

4.3 UNSERE NÄCHSTEN SCHRITTE

4.3.1 EIN KLIMAFONDS FÜR EINEN GREEN NEW DEAL

Mit einer [Volksinitiative](#) wollen die GRÜNEN zusammen mit der SP und weiteren Organisationen die ökologische Wende in der Schweiz beschleunigen. Das Instrument dazu ist ein Klimafonds für einen Green New Deal, der jährlich mit 0,5-1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gespeist wird. Über den Fonds können Investitionen in eine grüne Wirtschaft, in den Umbau des Gebäudesektors, die erneuerbaren Energien und in die Elektrifizierung des Verkehrs getätigt werden. Zudem soll der Green New Deal Massnahmen anstossen, welche die Biodiversität erhalten und fördern.

Eine Solarpflicht für Neu- und Umbauten

Die Solarenergie ist einer der Grundpfeiler für die Stromproduktion der Zukunft. Um 100% erneuerbaren Strom für die Dekarbonisierung von Verkehr und Gebäuden zu produzieren, wollen wir GRÜNE den Ausbau von Photovoltaikanlagen rasch vorantreiben. Dazu gehört der Abbau regulatorischer Hürden, eine Solarpflicht für Neu- und Umbauten und ein Ausbau der Fördermassnahmen im Umfang von 1 Milliarde Franken. Gleichzeitig sollen Aus- und Weiterbildung unterstützt und neue Berufsbilder wie etwa Gebäudeinformatiker*in gefördert werden.

4.3.2 SPIELRÄUME DES ÖFFENTLICHEN BESCHAFFUNGSWESENS NUTZEN

Das öffentliche Beschaffungswesen ist mit einem Volumen von über 40 Milliarden Franken von grosser Bedeutung für die Klima- und die Energiewende. Die Marktmacht der öffentlichen Gemeinwesen erfordert eine verantwortungsvolle Beschaffungsstrategie, die den vereinbarten Zielen der Klimapolitik und der Förderung der lokalen Wertschöpfung verpflichtet ist sowie internationale ökologische und soziale Verpflichtungen respektiert. Mit der Revision des Beschaffungsgesetzes hat das Bundesparlament – auch dank dem Druck der GRÜNEN – den Spielraum für die Nachhaltigkeit stark erhöht. Nun müssen die neuen Spielregeln konsequent angewendet und auch auf kantonaler und lokaler Ebene umgesetzt werden. Bei öffentlichen Beschaffungen soll nicht der billigste Preis, sondern der effizienteste Einsatz der öffentlichen Mittel entlang den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit sowie Lebenszyklusmodelle als Entscheidungskriterium gelten. Dafür braucht es mehr Tempo in der Umsetzung, gezielte Information und Schulungen der Beschaffungsstellen sowie ein Monitoring über die Umsetzung und die Wirkung.

4.3.3 EMISSIONSAUSLAGERUNGEN UND EMISSIONSAUSSTOSS DURCH CO₂-GRENZAUSGLEICH REDUZIEREN

Mit einer ökologischen Steuerreform und einem angemessenen CO₂-Preis können Umweltauswirkungen internalisiert und im Preis abgebildet werden. Zur Reduktion der CO₂-Emissionen entlang den Lieferketten soll dafür insbesondere auch ein CO₂-Grenzausgleich eingeführt werden. Das europäische Parlament hat sich mittlerweile für ein CO₂-Grenzausgleichssystem ausgesprochen und die EU-Kommission mit einer WTO-konformen Ausarbeitung beauftragt. In der Schweiz hat die grüne Nationalrätin Franziska Ryser in ihrer parlamentarischen Initiative «[Grundlagen für ein CO₂-Grenzausgleichssystem schaffen](#)» ein analoges Vorgehen gefordert: Beim Eintritt in den Schweizer Binnenmarkt soll die Differenz der CO₂-Abgabe zwischen der Schweiz und dem Herstellungsland verrechnet werden. Dadurch kann die Auslagerung von CO₂-Emissionen reduziert werden. Gleichzeitig schützt dieses Vorgehen Schweizer Industrie vor Ökodumping-Preisen und setzt Anreize für die einheimische Industrie, Investitionen in die Dekarbonisierung des Arbeitsplatzes Schweiz zu tätigen. Lokale Produktionsstätten können so gestärkt und Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten werden. Mit der Einführung eines CO₂-Grenzausgleichs werden ausserdem die Anreize für andere Staaten erhöht, ihre klimapolitischen Massnahmen rasch umzusetzen und Treibhausgasemissionen ebenfalls mit einem Preisschild zu versehen.

4.3.4 EIN RECHT AUF REPARATUR EINFÜHREN

In einer Kreislaufwirtschaft sollen Produkte möglichst lange genutzt werden können. Dafür müssen sich Reparaturen gegenüber einer Neuanschaffung finanziell lohnen. Gleichzeitig darf die Reparierbarkeit nicht durch die Notwendigkeit von Spezialwerkzeugen, schwer zu beschaffenden Ersatzteilen oder Reparaturmonopolen für den Zugang zu proprietärer Diagnosesoftware erschwert werden. Aufgrund der dafür benötigten Ressourcen gilt es die geplante Obsoleszenz insbesondere – aber nicht nur – bei elektronischen Produkten einzudämmen respektive zu verhindern. Die GRÜNEN setzen sich darum dafür ein, dass ein Recht auf Reparatur für alle Produkte auf Gesetzesstufe verankert wird.²¹

Lieferkettengesetz setzt einen Teil der Konzernverantwortungsinitiative um, die vom Volk angenommen wurde

Durch die Auslagerung der Produktionsprozesse entsteht ein Teil der Klima- und Umweltschäden im Ausland. Dabei kommt es auch immer wieder zu groben Verletzung von menschen- und umweltrechtlichen Standards. Die in der Schweiz ansässigen Firmen müssen darum stärker Verantwortung übernehmen für die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards entlang ihrer Lieferkette. Mit einem Lieferkettengesetz soll nebst einer umfassenden Sorgfaltsprüfungspflicht auch eine zivilrechtliche Haftung der Unternehmen für ihre Produktionsstätten und ihre primären Zulieferer eingeführt werden. Neben international tätigen Konzernen werden damit auch KMUs in Branchen mit erhöhtem Risiko, wie beispielsweise beim Rohstoff- und Goldhandel, verpflichtet, Menschenrechte und Umweltschutz in ihren Geschäftsbeziehungen stärker zu berücksichtigen.

²¹ Siehe dazu etwa auch die Motionen [22.3764 \(Glättli\)](#) und [20.4312 \(Michaud Gigon\)](#) mit welchen ein «Right to Use» sowie ein Reparaturfähigkeitsindex für elektronische Geräte eingeführt werden soll. Mit der parlamentarischen Initiative [22.468 \(Michaud Gigon\)](#) soll ausserdem sichergestellt werden, dass die Produktgarantie auch ein Recht zur Reparatur beinhaltet.

5 WOHLSTAND UND WACHSTUM

5.1 ANALYSE: WIRTSCHAFTEN IM RAHMEN DER ÖKOLOGISCHEN GRENZEN

Würden alle Menschen und Länder so viele Ressourcen verbrauchen wie die Schweiz, dann bräuchten wir 2,8 Erden

Wegen der hohen Kaufkraft und dem linearen (nicht zirkulären) Wachstumsmodell trägt die Bevölkerung der Schweiz weit überdurchschnittlich zum globalen Ressourcenverschleiss bei. Der Verbrauch der Schweiz übersteigt die planetaren Grenzen um den Faktor 2,8 und verursacht pro Kopf und Tag zwei Kilo Abfall – davon wird nur rund die Hälfte recycelt. Der jährliche Treibhausgas-Ausstoss beläuft sich auf 14 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Person. Davon fallen lediglich 5 Tonnen im Inland an, der Rest entsteht im Ausland durch Güter, die wir importieren. Zum Vergleich: Der weltweite Durchschnitt liegt bei 6 Tonnen pro Kopf, die planetare Belastbarkeitsgrenze bei 0.6 Tonnen.²² Das globale Wirtschaftsmodell, in welchem die Schweiz aufgrund ihres Rohstoffhandels und ihres Finanzmarktes zu den Schwergewichten gehört, ist nicht nachhaltig. Wir leben auf Kosten künftiger Generationen und anderer Staaten.

Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts ist seit über 50 Jahren das vorherrschende Ziel der Wirtschaftspolitik und die wichtigste Messlatte für den wirtschaftlichen Erfolg fast aller Staaten, Regionen und Gemeinden. Das hat historisch gute Gründe. Bis in die 1990er Jahre bedeutete – mindestens in den industrialisierten Ländern – der Anstieg des BIP auch eine Erhöhung der inflationsbereinigten Haushaltseinkommen und damit des durchschnittlichen Lebensstandards. Heute ist dieser «Aufstiegs-Fahrstuhl» der Nachkriegszeit für die unteren und mittleren Einkommensklassen fast zum Stillstand gekommen. In beinahe allen OECD-Ländern hat sich in den letzten 40 Jahren der Anteil des BIP verringert, der in Löhne und Arbeits-Entgelte fließt. Im Gegenzug wuchs der Anteil, der an die Kapitaleigner*innen (also Aktionär*innen und Gesellschafter*innen) geht. Treiber dieser Entwicklung sind die Deregulierung der Finanzmärkte sowie der globale Standortwettbewerb, der zum Beispiel die Gewinnsteuern weltweit auf Talfahrt schickte.

Während sich also der Lebensstandard durch BIP-Wachstum überwiegend für bereits Privilegierte erhöht, sind die Folgen für die natürlichen Lebensgrundlagen fatal. Durch den zunehmenden Konsum von Energie und Rohstoffen werden der Klimawandel und seine Folgen weiter angeheizt, der Biodiversitätsverlust nimmt mittlerweile dramatische Züge an. Das hinderte den Bundesrat jedoch nicht daran als Reaktion auf die Corona-Pandemie alte, untaugliche Rezepte aufzuwärmen. Statt einem strategischen Investitionsprogramm in die Energiewende oder in klimaneutrale Wirtschaftssektoren, wie dies die GRÜNEN in ihrem [Impulsprogramm](#) vorgeschlagen haben, postulierte er eine Revitalisierung der Wirtschaft «mit den bewährten Instrumenten».²³ Also ein Zurück zur alten Normalität.

Das andauernde materielle Wachstum führt in den heutigen Strukturen durch den Abbau endlicher Ressourcen allerdings zum Gegenteil einer langfristigen «Revitalisierung», nämlich bereits kurz- und erst recht langfristig zu Gesundheits- und Umweltschäden, die dann aufwändig «repariert» werden müssen. Diese untaugliche Strategie zementiert zudem globale

²² Bundesamt für Umwelt (2021): «[Klima: Das wichtigste in Kürze](#)»

²³ Bundesrat (2021): «[Coronavirus: Bundesrat lanciert wirtschaftspolitische Transitionsstrategie](#)»

ökonomische Ungleichgewichte und öffnet die soziale Schere auch in reichen Ländern. Der dringend notwendige «Entzug» von der fossilen Energie und die Reduktion der dafür aufgewendeten Geldströme in autokratisch regierte Länder erfolgen viel zu langsam.

Auf dem Papier gelingt es der Schweiz, das BIP-Wachstum in kleinen Schritten vom materiellen Input zu entkoppeln. Diese Entkoppelung basiert aber zu einem grossen Teil auf einer Auslagerung ressourcenintensiver Produktionsprozesse ins Ausland – mit all den Folgeproblemen in diesen Ländern. Dieser Trend zeigt sich nicht nur bei der Herstellung von Konsumgütern, sondern auch bei deren Entsorgung: Die Altkleiderberge einer verschwenderischen «Fast fashion»-Branche landen neuerdings nicht mehr nur in heimischen Kehrichtverbrennungen, sondern stapeln sich auch auf offenen Müllhalden Afrikas. So lange das materielle Wachstum weltweit zunehmenden Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung auslöst, führt kein Weg daran vorbei, das Wachstum – und das Versprechen der Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch – kritisch zu hinterfragen.²⁴

5.1.1 FÜHRT WACHSTUM ZU WOHLSTAND?

Wohlstand wird heute hauptsächlich am Bruttoinlandprodukt gemessen. Es handelt sich also um ein materielles Wohlstandsverständnis, welches viele Dimensionen der individuellen Lebensqualität und des Gemeinwohls ignoriert. Zu einem umfassenden Wohlstandsverständnis gehören auch die physische und psychische Gesundheit, Teilhabe an der Gesellschaft und Zugang zu sinnstiftender Arbeit, Kultur und Bildung, die soziale Sicherheit, das Vorhandensein von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Verfügbarkeit von Gemeinschaftsgütern wie einer intakten Landschaft sowie Zeit für Tätigkeiten ausserhalb des Marktes wie Musse, Care-Arbeit und freiwilliges Engagement.

Neben den individuellen Lebenschancen und dem Gemeinwohl werden mit einer reinen BIP-Orientierung der Wohlfahrtsmessung auch die Folgekosten von fehlender Nachhaltigkeit vernachlässigt. So verursacht die Luftverschmutzung gesundheitliche Schäden²⁵ und der Verlust der Biodiversität und die Klimaerhitzung berauben uns existenzieller Zukunftsperspektiven. Schon heute fliesst ein Teil des durch das Wachstum erwirtschafteten Einkommens direkt wieder in die Reparatur der durch ebendieses Wachstum verursachten Schäden. Dies mit dem absurden Effekt, dass z.B. jeder Autounfall den statistischen Wohlstand mehrt, weil Arbeitsplätze von Polizist*innen, Abschleppdiensten, Autospengler*innen, Spitalangestellten und Versicherungen davon abhängen.

Diese einseitige Perspektive ist nicht länger haltbar. In Bezug auf materiellen Wohlstand sind wir in der Schweiz an einem Punkt angelangt, an welchem eine neue Betrachtungsweise nötig wird. Wir müssen feststellen, dass rein materielles Wachstum im Sinne des Zuwachses von Gütern, Dienstleistungen und Kapital nicht zu einer Erhöhung eines breiter gefassten und langfristig gesicherten Wohlstands führt – im Gegenteil: Die heutige, zu über 70% auf nicht erneuerbare Energien und Ressourcenverschwendung ausgerichtete lineare Wirtschaftsweise schmälert die Lebenschancen und Freiheiten der künftigen Generationen. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik muss sich deshalb an langfristigen Zielen ausrichten und Aspekte wie Nachhaltigkeit, Resilienz, aber auch die zur Verfügung stehende Zeit

²⁴ Für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung siehe z.B. Hickel & Kallis (2019): «[Is Green Growth Possible?](#)» oder Ward et al. (2016): «[Is Decoupling GDP Growth from Environmental Impact Possible?](#)».

²⁵ Siehe dazu auch das [Positionspapier](#) der GRÜNEN zur Gesundheitspolitik. Darin wird aufgezeigt, dass die fortschreitende Klimaerhitzung, die Umweltverschmutzung und der damit einhergehende Verlust von Lebensräumen und der Biodiversität die grössten gesundheitlichen Bedrohungen unserer Zeit darstellen.

(Zeitwohlstand) und Sinnhaftigkeit des Arbeitslebens in den Vordergrund rücken. Das BIP wäre dann einer von zahlreichen Indikatoren.

5.1.2 MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT SCHAFFT SPIELRÄUME FÜR DIE NÖTIGEN REFORMEN

Noch fragwürdiger wird das materielle Wachstumsparadigma, weil die Früchte des technologischen Fortschritts immer ungleicher verteilt werden. Digitalisierung und Automatisierung erhöhen laufend die Produktivität der Arbeit. Doch statt die Arbeitszeit zu reduzieren oder zumindest die Löhne in den unteren und mittleren Einkommensschichten zu erhöhen, fliesst heute ein Grossteil des Produktivitätswachstums an die Kapitalbesitzer*innen und das Top-Management grosser Konzerne. Auf der anderen Seite müssen sich immer mehr Menschen mit prekärer Beschäftigung über die Runden bringen. Das heisst, sie arbeiten unregelmässig, zu tiefen Löhnen und mit schwacher sozialer Absicherung. Solche Arbeit konzentriert sich unter anderem in Care-Berufen, also in personenbezogenen Dienstleistungen und der Betreuung, wo das Potenzial der Automatisierung begrenzt ist.

Traditionelles Wachstum erhöht nicht zwangsläufig den Lebensstandard aller, sondern öffnet im heutigen Wirtschaftssystem die Schere zwischen arm und reich. In der Schweiz ist die sich öffnende Schere am stärksten sichtbar bei den Vermögen, welche extrem ungleich verteilt sind. Die Steuerstatistik des Bundes zeigt etwa, dass 2% der Steuerpflichtigen über 50% des Vermögens besitzen, während am unteren Ende der Skala 50% der Bevölkerung bloss über etwas mehr als 1% aller Werte verfügen.²⁶ Die tatsächliche Verteilung ist wohl noch ungerechter, weil die Wohlhabenden naturgemäss deutlich mehr Aufwand betreiben, um Vermögenssteuern zu sparen.

Das wachsende Ungleichgewicht blockiert dabei auch die dringend benötigten ökologischen Reformen. Viele Menschen befürchten bei der ökologischen Transformation zu den Verlierer*innen zu gehören – weil sie in den vergangenen Jahrzehnten bei unterschiedlichen Veränderungen bereits hautnah die Erfahrung der Umverteilung von unten nach oben erlebt haben. Die ökologische Transformation muss darum zwingend mit einer sozialen Absicherung und mit existenzsichernden Einkommen einhergehen. Denn mehr Verteilungsgerechtigkeit würde wichtige Spielräume für nachhaltige und sozialverträgliche Verbesserungen schaffen.

Doch die Schweiz hat im internationalen Vergleich höchstens eine mittelmässige Umverteilung durch das Steuersystem. Wohlhabende Menschen, Unternehmen und Kapitaleigner*innen werden seit Jahrzehnten Schritt für Schritt steuerlich entlastet.²⁷ Die Steuerausfälle, die daraus resultieren, führen in Kantonen, Städten und Gemeinden zu Sparmassnahmen, zum Beispiel bei den Prämienverbilligungen. Dieser doppelte Trend belastet insbesondere die Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen überproportional. Ohne soziale Abfederung finden auch marktwirtschaftliche und ökologische Selbstverständlichkeiten – wie etwa kostendeckende Gebühren fürs Parkieren auf öffentlichem Grund oder auf die Nachhaltigkeit und Effizienz ausgerichtete Motorfahrzeugsteuern – keine Mehrheiten. Steuererleichterungen entziehen der öffentlichen Hand zudem die Mittel, die für den Umbau der linearen Verschwendungswirtschaft in eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft sowie für Investitionen in den Klimaschutz benötigt werden.

²⁶ Bundesamt für Statistik (2021): «[Vermögen](#)».

²⁷ Allein im Jahr 2021 hat das Eidgenössische Parlament die Stempelsteuer, die Verrechnungssteuer sowie die Industriezölle teilweise oder vollständig abgeschafft. Zumindest die Abschaffung der Stempelsteuer und der Verrechnungssteuer konnte anschliessend durch die Stimmbewölkerung verhindert werden.

Globale Ungleichheit

In einer globalen Betrachtungsweise tritt die Ungleichverteilung des Nutzens und der Lasten des Wachstums noch schärfer zu Tage – Massnahmen erscheinen noch dringender: Während in reichen Ländern ein gewisser Überkonsum immer mehr zum Standard wird, kämpfen die Menschen im globalen Süden mit den Folgen des Klimawandels und des Raubbaus an ihren natürlichen Ressourcen. Angesichts zahlreicher Kriege und gewaltsamer Staatstriebe, die auch die Folge von Umweltzerstörung und von Konflikten um natürliche Ressourcen sind, ist «kämpfen» leider teilweise auch wortwörtlich zu verstehen. Hinzu kommen die unfairen Spielregeln eines globalen Handels-, Finanz- und Steuersystems, die privaten Kapitalbesitzer*innen und lokalen Eliten in vielen Ländern des globalen Südens praktisch ungebremsten Zugang auf die Wertschöpfung erlauben. Die Schweiz hat als globaler Finanz- und Rohstoffhandelsplatz eine enorme Verantwortung für rasche Reformen in Richtung der UNO-Nachhaltigkeitsziele. Sie muss jedoch auch im Inland ihre Hausaufgaben machen. Nur als Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften kann sie auf globaler Ebene glaubwürdig handeln.²⁸

5.2 ZIEL: GENUG FÜR DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN

Wir GRÜNE engagieren uns für eine Gesellschaft, in der alle in einer intakten, gesunden Umwelt ein Leben ohne materielle Sorgen führen können. Jede und jeder soll nach seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten einer sinnstiftenden Arbeit nachgehen können. Wir setzen uns für eine Wirtschaft ein, die generationenübergreifenden und breit verteilten Wohlstand sichert, die resilient ist gegen Krisensituationen und die planetaren Umweltbelastungsgrenzen respektiert. Wohlstand soll nicht mehr allein an materiellem Erfolg und einer ständigen Ausdehnung der Geldwirtschaft gemessen werden, sondern alle Dimensionen des guten Lebens berücksichtigen. Und er soll solidarisch und fair dem Ausgleich des Gefälles an Lebenschancen zwischen den Wohlhabenden in den Industrieländern und der benachteiligten Bevölkerung des globalen Südens dienen.

Wir GRÜNE stellen ein Wirtschaftswachstum, das auf steigendem Ressourcenverbrauch basiert, klar in Frage. Das heisst nicht Null-Wachstum. Weiterhin wachsen werden Sektoren, welche die Schweiz und die Welt lebenswerter und resilienter machen. Dazu zählen Investitionen in den Klimaschutz oder in Cleantech-Betriebe, welche die Kreislaufwirtschaft aufbauen und dabei regionale Wertschöpfungsketten stärken. Ebenfalls wachsen werden Sektoren, die zu unserem gesellschaftlichen und individuellen Wohlergehen beitragen, zum Beispiel die Pflege, die familienergänzende Kinderbetreuung, der öffentliche Verkehr und die sanfte Mobilität, die Sharing-Ökonomie, die Kultur sowie Forschung und Entwicklung. Ressourcenvernickendes und Altlasten produzierendes materielles Wachstum hingegen muss durch nachhaltige Alternativen abgelöst werden, zum Beispiel durch *Cradle-to-Cradle*-Konzepte oder die *Sharing*-Ökonomie.

Der dringend benötigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesses kann nicht allein über Haushalte und private Unternehmen finanziert werden, sondern er ist eine politische und damit auch eine öffentliche Aufgabe. Ganz gemäss dem in der Bundesverfassung verankerten Leistungsfähigkeitsprinzip und der von den GRÜNEN und der SP

²⁸ Auch deshalb konzentriert sich das vorliegende Wirtschaftsprogramm «Arbeitsplätze der Zukunft» auf innenpolitische Fragen. Auch diese innenpolitische Sichtweise hat jedoch eine aussenwirtschaftliche Perspektive: Aufgrund ihres Wohlstands konnte die Schweizer Wirtschaft Umweltbelastungen und soziale Probleme, die mit ihrem Konsum einhergehen, zunehmen in Tieflohnländer mit einem schwachen Umweltschutz auslagern. Kreislaufwirtschaft und Energiesouveränität hingegen führen zu einer Rückverlagerung in die Schweiz und ins nahe Ausland – und unterstellen den Konsum damit auch den hiesigen Umwelt- und Sozialstandards.

lancierten [Klimafonds-Initiative für einen Green New Deal](#) sollen die Kosten der ökologischen Transformation fair verteilt werden.²⁹

Diese gerechte Verteilung von Einkommen und vor allem von Vermögen ist ein integraler Bestandteil der Postwachstums-Ökonomie. Nur wenn sich möglichst breite Schichten der Bevölkerung materiell abgesichert fühlen – von der Kindheit bis ins Pensionsalter – sind Preisveränderungen aufgrund von zunehmender Kostenwahrheit und ressourcenschonendem Wirtschaften ohne soziale Abstiegsängste tragbar: Höhere Preise für Lebensmittel aus lokaler, biologischer und tierfreundlicher Landwirtschaft oder für erneuerbare Energie und gut isolierte Wohnungen werden politisch nur akzeptiert und sind sozial nur tragbar, wenn sich auch die verfügbaren Einkommen anpassen.

Wir GRÜNEN sind überzeugt davon, dass es mit den vorhandenen Technologien und innerhalb demokratischer Strukturen möglich ist, die Ziele des Klimaabkommen von Paris zu erreichen und die Übernutzung der planetaren Ressourcen zu stoppen. Die Kriterien, Strategien und Instrumente der Postwachstums-Gesellschaft, die auch die Lebenschancen kommender Generationen im Auge haben, sind im Aufbau. Die Realisierung kann beginnen.

5.3 UNSERE NÄCHSTEN SCHRITTE

5.3.1 UMWELT- UND SOZIALVERANTWORTUNG ALS GRUNDLAGE DES STAATLICHEN HANDELNS VERANKERN

Eine Wirtschaft ist nur nachhaltig, wenn sie innerhalb der planetaren Grenzen operiert und soziale Gerechtigkeit auf lokaler und globaler Ebene fördert. Dieser Grundsatz muss in der Verfassung verankert werden. Die von den Jungen GRÜNEN lancierte [Umweltverantwortungsinitiative](#) ist der erste Schritt dazu. Weiter setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass bei allen Gesetzesvorhaben eine Klimafolgenabschätzung und eine Messung der Effekte auf die Erreichung der UNO-Nachhaltigkeitsziele vorgenommen wird. So wird das politische Handeln stärker auf ein umfassendes Wohlstandsverhältnis statt ausschliesslich auf BIP-Wachstum ausgerichtet.

5.3.2 UMFASSENDE WOHLSTANDSMESSUNG ALS KOMPASS FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK NUTZEN

Um die politischen Entscheidungsträger*innen mit den nötigen Informationen zu versorgen, muss ein verbindliches, umfassendes und breit genutztes Indikatorensystem für die Wohlmessung etabliert werden. Es gibt beim Bund bereits entsprechende Ansätze wie zum Beispiel das «Indikatorensystem Wohlfahrtsmessung», «MONET 2030» oder den periodischen Bericht «Umwelt Schweiz».³⁰ Leider sind die Indikatoren dieser verschiedenen Messsysteme noch zu wenig fokussiert und aufeinander abgestimmt. Es fehlt zudem eine systematische Auswertung und Gewichtung der Fort- und Rückschritte und deren Nutzung als Grundlage für strategische Entscheide von Bund, Kantonen und Gemeinden. Deshalb

²⁹ Die Investitionen sollen also nicht über zusätzliche Kopf- und Konsumsteuern finanziert werden, sondern über eine progressive Besteuerung von grossen Vermögen, Einkommen und bedeutenden und nicht unternehmensrelevanten Erbschaften. Dazu zählt auch der Ausbau der Steuertransparenz und der Steueramtshilfe. Darüber hinaus sollen die zusätzlichen Mittel aus dem geplanten Mindeststeuersatz der OECD dazu eingesetzt werden, die Unternehmen bei der Transformation zu einer grünen Wirtschaft zu unterstützen, etwa mit Investitionen in Ausbildung, Forschung und den Umbau der Energiesysteme.

³⁰ Das [Indikatorensystem Wohlfahrtsmessung](#) besteht aus 40 Indikatoren aus den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Das [Indikatorensystem MONET 2030](#) bietet einen Überblick über die nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und illustriert die erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen sowie die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrates. Der Bericht [«Umwelt Schweiz 2018»](#) gibt einen Überblick über den Zustand und die Entwicklung der Umwelt in der Schweiz.

braucht es eine Überarbeitung des Indikatorensystems im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung und vor allem eine verbindliche Nutzung und anschauliche Kommunikation dieser Kriterien im Hinblick auf politische Entscheidungen.³¹³² Durch die Einführung und verbindliche Nutzung solcher Messkriterien soll die Politik systematisch auf Langfristigkeit und Generationengerechtigkeit ausgelegt werden.

5.3.3 GRÜN GEHT NUR SOZIAL

Das Schliessen der Schere zwischen Arm und Reich – sowohl innerhalb der Schweiz wie auch auf globaler Ebene – ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die ökologische Wende gelingt. Neben progressiven Einkommens- und Vermögenssteuern sowie internationalen Spielregeln gegen den globalen Tiefsteuerwettbewerb – z.B. durch eine fair ausgestaltete globale Mindeststeuer – wäre auch eine nationale Erbschaftssteuer ein wichtigstes Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. In der Schweiz ist heute jeder zweite Vermögensfranken geerbt. Und es wird heute doppelt so viel Geld über Erbschaften und Schenkungen umverteilt als durch die AHV. Geschätzten jährliche 95 Erbschafts-Milliarden³³ stehen 46 Milliarden³⁴ jährlich ausbezahlten AHV-Renten gegenüber. Viele Ökonom*innen begrünnen deshalb die Einführung oder die Aufstockung einer Erbschaftssteuer.³⁵ Auch wir GRÜNE sehen in einer nationalen Steuer auf hohen Erbschaften ein grosses Potenzial für die Bekämpfung der Ungleichheit, die Stärkung der Chancengerechtigkeit und für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen. Eine solche Erbschaftssteuer sollte mit einer «Exit-Tax» gekoppelt werden die greift, wenn Vermögen ins Ausland transferiert werden. Dies wirkt der Steuervermeidung entgegen und widerspiegelt eine faire Abgeltung der gesellschaftlichen Leistungen, welche zur Erwirtschaftung des Vermögens massgebend beigetragen haben.

³¹ Beispiele, die bei der Definition eines umfassenden und politikverbindlichen Indikatorensystems herangezogen werden können, sind z.B. der [Social Progress Index \(SPI\)](#), der [Inclusive Wealth Index \(IWI\)](#), der [SuRe Standard](#) für nachhaltige und resiliente Infrastruktur oder [FM Global Resilience Index](#). Der SPI misst beispielsweise, inwiefern ein Staat die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedürfnisse seiner Bürger*innen befriedigen kann. Er wird von der Europäischen Union als alternativer Messwert für Fortschritt verwendet.

³² Das vom grünen Nationalrat Felix Wettstein eingereichte Postulat [«Umfassende Wohlfahrtsmessung. Ablösung des BIP»](#) basiert auf diesen Überlegungen und fordert vom Bundesrat eine entsprechende Auslegeordnung.

³³ Brülhart (2019): [«Erbschaften in der Schweiz: Entwicklungen seit 1911 und Bedeutung für die Steuern»](#).

³⁴ Bundesamt für Statistik (2021): [«AHV-Statistik»](#).

³⁵ Siehe z.B. den Beitrag von Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: [«Das Glück der Wenigen»](#).